

# Die Zukunft

## Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Parteigenossen! Vergesst der Familien der Inhaftirten nicht.

### Zur Wahrung des Briefgeheimnisses.

In letzterer Zeit erhielten wieder mehrere Genossen Vorladungen von der Finanz-Landesdirektion, um sich wegen „Gefälligkeitsübertretung“ zu verantworten. Dieselbe soll dadurch begangen worden sein, daß an die vorgeladenen Briefe aus Bregenz (bekanntlich in Vorarlberg in Oesterreich) eingelangt sind, in welchen die Finanzbehörden wahrscheinlich mit dem ihnen eigentümlichen Scharfsinne „ungestempelte“ ausländische Zeitungen vermuten. Die Adressaten werden gewöhnlich, wenn sie im Zollamte erschienen sind, aufgefordert, die an sie eingelangten Briefe zu öffnen, worauf man ihnen, wenn sich in den Briefen in Oesterreich verbotene Zeitungen befinden, dieselben wegnimmt. Wir können unsere Genossen nur wiederholt darauf aufmerksam machen, daß Niemand ein im Gesetze begründetes Recht hat, ihre Briefe zu öffnen und daß sie dieselben, da sie ihr unantastbares Eigentum sind, auch auf dem Zollamte nicht zu öffnen brauchen. Daß die Behörde ungestempelte oder verbotene Zeitungen in den Briefen vermutet, ändert nichts an der Sache. Der einzig und allein in dieser Frage maßgebende Standpunkt ist der des Gesetzes. Reichen die bestehenden Gesetze gegen die Verbreitung von mißliebigen Druckchriften nicht aus, dann ändere man sie. So lange aber das Gesetz zum Schutze des Briefgeheimnisses nicht aufgehoben ist, braucht sich Niemand gefallen zu lassen, daß ihm ein an ihn adressirter Brief geöffnet wird, noch der Aufforderung Folge zu leisten, diesen Brief in Gegenwart irgendwelcher Amtsperson selbst zu öffnen.

### Zu den bevorstehenden Reichstagswahlen in Deutschland.

Noch ist zwar der Termin für die deutschen Reichstagswahlen nicht bestimmt, doch ist es höchst wahrscheinlich, daß dieselben nicht mehr lange auf sich warten lassen. Indessen nimmt die Wahlbewegung einen immer lebhafteren Charakter an, und Bismarck scheut kein Mittel, um einerseits die Sozialdemokratie, andererseits den Liberalismus zu vernichten. Soviel hat der deutsche Reichskanzler seit dem Jahre 1878 gelernt, daß die gewaltsame Unterdrückung nicht im Stande ist, den Sozialismus seines stets steigenden Einflusses auf die Gemüther des arbeitenden Volkes zu berauben und er greift nun zu dem nicht mehr neuen Mittel der Konzessionen.

Denn eine Konzession an den Sozialismus muß es genannt werden, wenn der deutsche Reichskanzler eine Unfall- und Lebensversicherung der Arbeiter mit Staatsbeiträgen einführen will; man braucht sich nur der Haltung zu erinnern, die Bismarck vor Jahren den bescheidensten Forderungen der Sozialdemokraten gegenüber einnahm, wie die deutsche Reichsregierung einen Antrag Bebel's auf Erweiterung der Haftpflicht aufnahm. Es muß geradezu als ein Sieg der Sozialdemokratie über den Fürsten Bismarck bezeichnet werden, daß er sich gezwungen gesehen, hat ein prinzipielles Zugeständnis an die sozialistische Idee zu machen.

Es folgt daraus keineswegs, daß Bismarck selbst dadurch zum Sozialisten geworden ist, denn wenn zwei daselbe tun, ist es doch nicht daselbe. Bismarck sucht durch das gemachte Zugeständnis einen Teil der sozialistisch gefühlten, aber unklaren Arbeiter zu gewinnen und Verwirrung in die Reihen der Partei zu tragen. Der zuletzt erwähnte Zweck des Gesetzes kann schon jetzt als gescheitert betrachtet werden, da die Sozialdemokratie sich weder durch den politischen Charakter des allerneuesten „Arbeiterfreundes“ noch durch die sozialpolitische Tendenz des Gesetzes beirren ließ und auf dem prinzipiellen Standpunkte verharrend nur sachliche Kritik übte.

In wie weit es dem Fürsten Bismarck gelingen wird, Arbeiter durch seine „Reformpläne“ zu gängeln, darüber werden allerdings erst die Reichstagswahlen einen vollgiltigen Aufschluß geben, bei dessen unparteiischer Würdigung jedoch der Belagerungszustand das Sozialistengesetz und die grenzenlose Willkür der Polizeibehörden berücksichtigt werden müssen. Die weit ausgebehnte und Schritt für Schritt vervollkommnete geheime Propaganda der deutschen Sozialisten, die überraschenden Erfolge der Sozialisten in den letzten Jahren bei zahlreichen Gemeindevahlen und die letzten sächsischen Landtagswahlen lassen allerdings schon heute mit ziemlicher Sicherheit schließen, daß dem Fürsten Bismarck auch die andere Absicht nicht gelingen wird, der deutschen Sozialdemokratie durch einen Abfall zahlreicher Arbeiter von der Partei Abbruch zu tun.

Bismarck wird in neuer Form die Kraft darstellen, welche das Böse will und das Gute schafft, indem er durch seine sozialistisch angehauchten Reformprojekte der sozialistischen Ideen Eingang in solche Kreise verschafft, die ihnen bisher unzugänglich waren und indem er dadurch den Zerlegungsprozeß der herrschenden Parteien beschleunigt. Daß der Sozialismus in Deutschland eine Macht ersten Ranges geworden ist, die es wagen durfte, nach kaum zehnjähriger Organisation sich mit der mächtigsten Regierung Europas zu messen, dafür haben wir die Ursache nicht nur in den ökonomischen und politischen Zuständen Deutschlands, sondern auch in der „staatsmännischen“ Tätigkeit Bismarck's zu suchen, der wider Willen durch seine gewalttätige, grundsätzliche Politik einen großen Theil des Mittelstandes in das Lager der Sozialdemokratie gedrängt hat. Wir glauben, daß Bismarck durch seine neuesten Projekte seiner bisherigen Agitation für die Sozialdemokratie die Krone aufsetzt.

Denn, daß das deutsche Volk die Schmeicheleien der einen Hand dankbar hinnehmen wird, während es mit der andern — siehe Sozialistengesetz, indirekte Steuern, Getreidezölle — gezüglicht wird, möchten wir doch bezweifeln, joviel Lammesgebuld wir auch nach den bisherigen Erfahrungen dem „Volke der Denker“ zutrauen müssen.

Darum sehen wir den deutschen Reichstagswahlen, was die Sache des Sozialismus betrifft, mit Zuversicht entgegen — wir wissen, daß das deutsche Proletariat, nachdem es durch seinen Heldennut und seine Ausdauer die Bewunderung seiner Genossen in anderen Ländern hervorgerufen hat, nicht seinen Mut sinken lassen wird, mag die Meute seiner Feinde noch so rasen, mögen selbst einzelne seiner bisherigen Vertreter verzagt geworden sein und dem „Vaterlande“ den Rücken zu kehren.

Sollten aber die deutschen Behörden alle Tätigkeit der Genossen auf dem Boden des Gesetzes unmöglich machen, sollten sie die letzten Spuren des Wahrechten zerstören, dann dürfen sie sich auch nicht beklagen, wenn die Taktik der Sozialisten eine andere wird, und Dinge geschehen sollten, die man bisher dem deutschen Michel nicht zugetraut hätte.

### Die Neuwahlen in Frankreich und Gambetta.

Schon am 21. dieses Monats fanden in ganz Frankreich die Neuwahlen der Volksabgeordneten statt. Aus diesem Anlasse hielt Gambetta in Belleville, einem Stadtteile von Paris, dieser Tage auf Veranlassung eines Teiles der dortigen Wähler seine Rede. Da dieser frühere Diktator (unbeschränkter Herrscher für einen Zeitraum) von Frankreich in Belleville stark unbeliebt ist, indem der größte Teil der dort so zahlreich wohnenden Arbeiter ihm vollständig abgeneigt sind, sah er sich genötigt, diese Wählerversammlung nicht im Freien, sondern in einem nahezu nur seinen Anhängern zugänglichen geschlossenen Räume abzuhalten, sonst hätten die Kommunisten, welche ihn mit lauten Zeichen ihres Abscheues empfingen, ihm noch ausführlicher dargetan, wie sehr sie seine unlauberen sogenannten „Zweckmäßigkeit“-Anschauungen hassen.

Wer war, wer ist Gambetta? Gambetta ist jener verwegene, reddegewandte, selbstbewußte und selbstthätige Envorläufer, welcher, nachdem am 4. September 1870 in Folge der Gefangennahme des französischen Kaisers Napoleons III. der Freistaat in Paris ausgerufen worden war, sich selbst als unbeschränkter Herr von Frankreich einsetzte, um dieses Monate lang nach seinem willkürlichen Ermessen zu leiten und von Neuem in den ganz aussichtslosen Krieg gegen Deutschland zu stürzen, obwohl er — seinem eigenen Geständnisse gemäß —

vorausah, daß dieser Krieg unglücklich ausfallen müsse. Deshalb machte er sich beim französischen Volke so verhasst, daß die endlich in Frühjahr 1871 gewählten Volksvertreter ihm unverzüglich die (angemessene) Herrschaft entzogen und die heftigsten Anklagen gegen ihn und seine Verwaltung erhoben. Seit jener Zeit bemühte er sich, wieder die Herrschaft an sich zu reißen und schmeichelte deshalb sogar den Roten, verübte List über List und schien vor wenigen Monaten durch seine ziemlich grundsätzliche „Zweckmäßigkeit“-Anschauung nahe daran, mit Hilfe der Listenwahlen erneut der Völkerrichter, der Diktator Frankreichs werden zu wollen. Da verwarf zur Freude unserer französischen Gesinnungsgenossen der Senat, das Oberhaus Frankreichs, die Listenwahlen und von da an erlebte der Stern Gambetta's, um sich wol zum Heile Frankreichs und der Welt nie mehr zu erheben. Denn Gambetta bedeutet die rohe Gewalt und den Krieg, die rohe Gewalt nach Innen und Außen, Weibes hat er in seiner Walrede, wenigleich verblümt, ausgesprochen. Trozdem seine Anhänger nur gegen Einläßarten seinen Anhänger Zulass erhalten hatten, war dennoch der nur mäßige Beifall mit lauten Zeichen des Mißfallens begleitet und erhob sich ein schlichter Arbeiter zur Erwiderung, welcher mit Recht gegen Gambetta den Vorwurf erhob, letzterer wolle gemäß seiner Rede den Krieg mit Deutschland und würde dadurch erneut den Einfall der Deutschen in Frankreich mit all den traurigen Folgen eines Krieges veranlassen. Der Krieg schädigt den Reichen, richtet den Armen zu Grunde und ist bei der anzustrebenden Verbrüderung der Völker hassenwerth. An einem aussichtslosen Krieg mit Deutschland hat Gambetta ja schon genug gesündigt.

Nach Schluß der Versammlung mußte sich der Herrscher Gambetta insgeheim wegstellen, er fürchtete die von der Versammlung ausgeschlossenen zahlreichen Wähler, welche vor dem Abesaal warteten. Es ist sehr zu bezweifeln, daß er in Belleville wieder gewält wird, jedenfalls hat er laut erfahren, wie unbeliebt er ist und hegen unsere Gesinnungsgenossen die Hoffnung, daß sein wiederholter Vorschlag, das gefährliche Listenkriterium, welches ihn wol wieder tatsächlich zum Herrscher Frankreichs machen würde, als ein Aufriff auf die Freiheit sicher (vom Senate, wenn nicht schon von der neuen Nationalversammlung, dem Unterhause Frankreichs,) zurückgewiesen werden wird.

### Politische Uebersicht.

Eine lehrreiche Zusammenstellung bieten folgende Zahlen. In dem Jahre vom Oktober 1879—1880 saßen in preussischen Gefängnissen 1101 Personen wegen Hochverrat, Landesverrat, Majestätsbeleidigung etc., 10.094 Personen wegen Diebstahls, Verleumdungen etc.

Bullenkamp, der zur Zeit der Attentatshege als Redacteur der „Verl. fr. Pr.“ zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden war, ist, nachdem er bereits gegen drei Jahre in Böhmensee zugebracht, gelegentlich der Beerbigung seines Vaters glücklich entkommen.

In Berlin hat vor Kurzem ein seit Monaten vergeblich Arbeit suchender Proletarier eine, einem Hunde vorgelegte Schüssel voll Hundefutter „gestohlen“, um seinen Hunger damit zu stillen. Das paßt zu der berühmten Neuherung des Grafen Wilhelm Bismarck von der Hundesperrre und zu der Hilfe für den „armen Mann“.

Am 13. August wurde in Dresden Mag. R. A. y. s. e. r mit zwei Genossen wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz verurteilt; Kaiser zu zwei Monaten, von den beiden andern der eine zu sechs Wochen, der andere zu einem Monat Gefängnis.

Die Einkommensverhältnisse des Königreichs Sachsen zeigt, daß die Zahl der Einkommen unter 1100 Mark die einzige ist, die sich seit dem Jahre 1878 stärker als die Bevölkerung vermehrt hat. Die Durchschnittshöhe dieses geringen Einkommens hat sich dagegen von 556 Mark im Jahre 1878 auf 509 Mark 1879 vermindert. 509 Mark sind das jährliche Durchschnittseinkommen von 927.494 Personen! Zugnommen haben in dieser Periode des zunehmenden Glendes die Vermögen der Reichen. Die geschätzte Durchschnittshöhe der Einkommen über 100.000 Mark betrug 1878 241.913, 1879 dagegen 248.400 Mark. Also Lohnherabsetzungen mit Zunahme der großen Vermögen bilden das Zeichen der Zeit.

Auch die liberalen Berliner Blätter erhalten jetzt täglich Drohbriefe. Ein dem „Berliner Tagbl.“ zugegangener Drohbrief erklärt, daß im Falle eines Attentates auf den Fürsten Bismarck je drei der angesehensten Fortschrittler, Sozialisten und Juden, dieser deutschfeindlichen Elemente, am betreffenden Orte den Tod auf unnatürliche Weise finden würden. Solcher Blödsinn wird jetzt im „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“ geschrieben.

Der Nihilist Hartmann, der sich jetzt in New-York befindet, hat um die amerikanische Staatsbürgerschaft angefragt.

Der Hilfsstaatssekretär Pitt, die rechte Hand Blaine's, wurde unlängst gefragt, ob das Staatsdepartement von Seiten der russischen Regierung aufgefordert worden sei, Hartmann auszuliefern. Er gab eine ausweichende Antwort, ließ sich dann aber über den Fall selbst folgendermaßen aus: Falls Rußland die Auslieferung Hartmanns verlange, so würde er — immer vorausgesetzt, daß für seine Identität und die Handlungen deren er beschuldigt wird, die nötigen Beweise beigebracht werden — seitens der amerikanischen Regierung unzweifelhaft ausgeliefert werden. Daß sein Angriff auf das Leben des Zaren ein politisches Motiv hatte, sei gleichgültig, er würde so behandelt werden, als ob er als gewöhnlicher Mörder einen Angriff auf das Leben eines Privatmannes gemacht hätte. Seien die Beweise beigebracht, so würde Hartmann an „die Gerichte seines Landes“ ausgeliefert werden. — Der Herr Hilfsstaatssekretär scheint über die russischen „Gerichte“ und Verhältnisse nicht viel zu wissen und die „Arbeiterzeitung“ von Chicago hat daher nicht Unrecht, wenn sie ihn fragt ob er denn während der letzten zehn Jahre geschlafen habe? Russische Gerichte in politischen Angelegenheiten! Was heißt Gericht? Soll das vielleicht ein Gericht sein, wenn sich eine Anzahl von Knuten- und Schlingen zusammenfügen und Jeden, der nur im Geringsten mit den dort herrschenden Verhältnissen unzufrieden ist nach Sibirien schießt? — Die Zukunft wird es zeigen, ob sich auch die nordamerikanische Regierung dazu hergibt den Polizeihülfe Rußlands zu machen. Gar zu leichtes Spiel dürfte sie aber doch nicht haben, denn der oben angeführte Ausspruch allein schon begegnete sowohl in der dortigen Presse als auch in Versammlungen entschiedener Opposition.

Am 14. und 15. August erstattete Dr. Herbst vor seinen Wählern in Teisch und Bensen in Böhmen seinen Rechenschaftsbericht, der nichts als eine Wiederholung der alten Frazen war. Keine Spur von Teilnahme für die allgemeinen Volksinteressen ist in seinen Reden zu finden. Er empfiehlt, sich auf den deutsch-nationalen Standpunkt zu stellen und jede Abänderung der Verfassung zu bekämpfen. Und ein solcher Mann will Führer einer auf das Volk sich stützenden Partei sein.

Die österreichische Regierung hat bei der ungarischen den „Wunsch“ nach Abänderung des ungarischen Pressegesetzes ausgesprochen, erhielt aber von Tisza die Antwort, daß kein Kabinet im Stande wäre, beim Reichstage eine Einschränkung der ungarischen Pressefreiheit durchzuführen.

Am 18. September findet in Aussig ein deutsch-böhmischer Bauerntag, am 28. August ein Kleingewerbetag in Graz statt.

Das tschechische Blatt „Pobcol“ beleuchtete kürzlich auf Grund amtlich publizierter statistischer Daten die gegenwärtige Reichsratsmalordnung für Böhmen, woraus hervorgeht, wie sehr die deutschliberale Partei die Grundzüge der Gerechtigkeit gegenüber dem tschechischen Volke verletzt hat. In der Städtekurie zählen die tschechischen Gruppen 367,378, die deutschen 571,024 Einwohner. In den tschechischen Gruppen entfällt durchschnittlich auf 41,711, in den deutschen auf 28,827 Einwohner ein Abgeordneter. In der Kurie der Landgemeinden zählen die tschechischen Gruppen 2,709,713; die deutschen 1,601,170 Einwohner. In den tschechischen Gruppen entfällt aber auf 150,539, in den deutschen auf 133,430 Einwohner ein Abgeordneter. Ein tschechischer Abgeordneter „vertritt“ gegenwärtig 76,752, ein deutschliberaler 45,254 Einwohner.

Polizeikommissär Frankl, der unermüdete Verfolger der Wiener Sozialdemokraten, hat als Anerkennung für seine bisherigen Leistungen wie als Aufmunterung zu ferneren, das goldene Verdienstkreuz erhalten. Wol bekommt's!

Der Wiener Magistrat hat sich in seiner Sitzung vom 18. August auf die vielfach wiederholten Beschwerden und Petitionen der Steinmayer und Maurer endlich gegen die Kantinenwirtin entschieden und für die sofortige Beseitigung derselben ausgesprochen. Nur bei entfernt liegenden Baustellen soll die Ausnahme von der Regel insofern gestattet werden, als von Fall zu Fall die Bewilligung des Magistrates zur Errichtung einer Kantinenwirtschaft einzuholen wäre. Die Genossenschaft der Bau- und Steinmayermeister strengte sich vergeblich an, die bestehende Mißwirtschaft aufrecht zu erhalten und den Magistrat nochmals zur Ablehnung der Gehilfenpetitionen zu bewegen.

Das österreichische Versammlungsrecht wird durch folgenden Vorfall wieder trübselig illustriert. Dem Vertrauensmann des deutschen Schulvereines in Pottau, Steiermark, Dr. Micheliß, wurde auf die Anzeige von der Einberufung einer öffentlichen Versammlung der dortigen Mitglieder des Schulvereines von der Bezirkshauptmannschaft ein Bescheid eingehändigt, worin derselbe ersucht wird, dafür Sorge zu tragen, daß im Ver-

sammlungsblocale während der Dauer der Versammlung die Verabreichung von Speisen und Getränken unterbleibt. Die gleiche Aufforderung, heißt es in dem Bescheid, werde künftighin an alle Vereins- und sonstigen Versammlungen, welche nicht lediglich geselliger Natur sind, gerichtet werden.

Gabriel Ugron, Mitglied der äußersten Linken des ungarischen Reichstages, wurde am 16. August bei der in Klausenburg anlässlich von Artikeln über die Bartho-Affaire abgehaltenen Schwurgerichtsverhandlung freigesprochen.

Der Redakteur der „Berl. Nachrichten“, der vom deutschen Reichskanzler geklagt worden war, weil in einem Artikel des genannten Blattes Bismarck die Verantwortlichkeit für die Ausschreitungen der Antisemiten zugeschrieben wurde, ist vom Berliner Landgerichte freigesprochen worden, mit der Begründung, daß in dem betreffenden Artikel die Grenze der erlaubten Kritik nicht überschritten worden sei. Dieses Erkenntnis ist gleichbedeutend mit einer indirekten Verurteilung Bismarck's.

Die sozialistische Presse Italiens nimmt einen ganz ungewöhnlichen Aufschwung. Es erscheint jetzt auch ein tägliches sozialistisches Blatt in Mantua. Die Verfolgung der Presse äußert sich besonders durch zahlreiche Konfiskationen. So erschien das Blatt „Il Catilina“ in Pesena bisher fünfmal und wurde fünfmal konfisziert. Überall dieselben Mittel unserer Gegner.

Eine Volksversammlung gegen das Garantie-Gesetz, durch welches dem Papste eine Reihe von Vorrechten eingeräumt werden, hat am 7. August in Rom stattgefunden und war von mehr als 3000 Personen besucht; die Resolution, welche die Abschaffung des Papsttums verlangte, durfte nicht zur Abstimmung gebracht werden und die Blätter, welche über die Versammlung berichteten, wurden konfisziert. Auch in anderen Städten Italiens finden solche Versammlungen statt.

Gambetta verlange in seinem „neuen“ Programm teilweise Abänderung des Senates, Listenstruktium, dreijährigen Militärdienst; ferner, daß die Beziehungen des Kapitals zur Arbeit zu Gunsten der Arbeiter geändert werden durch fortschrittliche Politik, Vereins- und Assoziationsfreiheit, Gründung von Pensionskassen für das Alter. Gegen dieses Bourgeoisprogramm stellten die radikalen Gegner Gambetta's in Belleville sein eigenes Programm vom Jahre 1869 wieder auf, durch welches er sich das Vertrauen der Arbeiter erworben hatte und dem er längst untreu geworden ist. Am 7. August fand in Belleville eine Wählerversammlung statt, in welcher ein Komitee zur Bekämpfung Gambetta's gewählt wurde. In der am 16. August stattgefundenen von über 10,000 Personen besuchten Wählerversammlung in Paris verhinderten die Gegner Gambetta's seine Kandidatenrede zu halten.

Am 21. d. fanden in Frankreich die Wahlen für die Deputiertenkammer statt. Gambetta wurde zwar in beiden Bezirken von Belleville gewählt aber nur mit sehr geringer Majorität (einmal gar nur mit einer Stimme) und nachträglich stellt es sich überdies heraus, daß das Gambettistische Wahlkomitee das Struktium gefälscht und die auf die Gegenkandidaten Gambetta's, Revillon und Lacroix, entfallenden überzähligen Stimmen beiseiteigt habe. Die Untersuchung hierüber wurde eingeleitet.

Die irische Landbill wurde, nachdem Gladstone und das Unterhaus einen Teil der Verschlechterungen der Landbill akzeptierten, vom Oberhaus angenommen. Ob sie in der jetzigen Form die erwartete Wirkung auf die Gemüter in Irland ausüben wird, dürfte die nächste Zukunft lehren.

## Aus Partekreisen.

Unser Genosse A. Christoph wurde am 19. d. verhaftet, weil ihn die Behörde im Verdachte hat, bei der Anfertigung der in Jacobi's Druckerei mit Beschlag belegten Flugchrift „An das österreichische Volk“ beteiligt gewesen zu sein. Noch vor seiner Verhaftung wurde während seiner Abwesenheit vom Hause in seiner Wohnung eine polizeiliche Hausdurchsuchung vorgenommen, welche aber kein für die Polizei günstiges Resultat ergab, da nur einige Nummern der „Freiheit“ und der „Zukunft“ vorgefunden wurden. Seine Quartiergeberin wurde von den Organen der Polizei bei ihrem Eintreffen in Christoph's Wohnung aufgefordert „die Büchel herzugeben“, welche Aufforderung dieselbe aber nicht verstand und ihr deshalb auch nicht nachkommen konnte. Wahrscheinlich vermutete man bei Christoph eine Niederlage der in letzter Zeit massenhaft verbreiteten antireligiösen Broschüre „Epistel an gläubige und ungläubige Christen“ und gab sich der Quartierfrau gegenüber den Anschein, als ob man ohnedies bereits alles wisse, damit sie einsehe, wie alle Lügner überflüssig sei und ohne viele Umstände die Broschüre herausgebe. Eine in letzter Zeit von der Polizei gerne angewandte Taktik, die aber in den uns bekannten Fällen stets erfolglos blieb. Der Quartiergeberin Christoph's wurde nach vollzogener Hausdurchsuchung strengsten aufgetragen über die eben festgestellte Umständlichkeit Jedermann, auch Christoph gegenüber, Stillschweigen zu beobachten. Da sie hierauf erwiderte, sie müsse ihm davon sagen, schon um die Unordnung in seinen Sachen zu rechtfertigen, wurde ihr ein Paragraph des St.-G.-B. zitiert und ihr bei Übertretung desselben mit Strafe gedroht. Wir haben uns vergeblich bemüht, einen Paragraph im Strafgesetze ausfindig zu machen, nach welchem an die Frau das erwähnte Verlangen gestellt werden dürfte.

Gegen unsere Genossen Sagradischnik, Nonrad, Süß und Walschek findet am 26. d. die Hauptverhandlung statt. Die Anklage lautet auf „Geheimbündelei“. Bei ihrer Verhaftung hieß es Hochverrat und als das Metallarbeiter-Fachblatt die Vermutung aussprach, die Anklage werde im Laufe der Untersuchung auf ein geringfügiges Vorgehen zusammenschumpfen, wurde es konfisziert. Gute Untertanen sollen der Weisheit ihrer Regierer durch naseweise Prosezeierungen nicht vorgreifen.

Am 6. September findet beim Bezirksgerichte Merggrund die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur dieses Blattes, Fr. Mohr, wegen Übertretung des § 23 Pr.-G. (unbefugte Kolportage) statt. Anlaß zur Anklage gab, daß Mohr die Kaiserlichen Broschüren an die hiesigen Abonnenten übermittelte.

Am 14. August fand in Obermayer's Gasthaus, Stumpergasse, in Wien, eine von mehreren hundert Arbeitern besuchte Gold- und Silberarbeiter-Versammlung statt, an deren Schlusse eine größere Anzahl von Gold- und Silberarbeitern der Gewerkschaft der Eisen- und Metallarbeiter beitraten.

Am 10. d. M. fanden bei den Genossen Emil Kaler-Reinthal und Josef Gans in Graz und in der Administration des „Arbeiterfreund“ in Reichenberg Hausdurchsuchungen nach den vom Wiener Landesgerichte verbotenen Heften I und II der „Sammlung von sozialpolitischen Abhandlungen“ statt. Die Abonnentenliste und andere zur Administration gehörige Hefen wurden dem Gen. Kaler von der Staatsanwaltschaft nicht mehr zurückgestellt.

Beim Redakteur des sozialistischen Blattes „Praca“ in Lemberg wurde am 16. August Hausdurchsuchung abgehalten. Man hat nach einem in Genf gedruckten Programm der ostgalizischen Sozialisten gefahndet, es wurde aber nichts gefunden.

Am 11. August fand bei Genossen Stiaßny in Wien eine Hausdurchsuchung statt, bei welcher eine „Episteln“ betitelt Broschüre gesucht wurde. Es wurden wol einige Nummern der „Freiheit“ sowie mehrere Broschüren harmlosen Inhaltes mit Beschlag belegt, dagegen fand sich nicht ein einziges Exemplar der „Episteln“ vor. Stiaßny, welcher nach der Hausdurchsuchung ein längeres Verhör zu bestehen hatte, wurde nach demselben sofort freigelassen.

In den Lokalitäten der „Delnicka Beseda“ sowie in den Wohnungen von sieben Genossen in Prag wurden am 19. August Hausdurchsuchungen vorgenommen, und bei einem Genossen eine Presse und mehrere Gedichte mit Beschlag belegt. Bei Genossen Zapotocky wurde der eben als Gast anwesende Franz Kucera aus Paris verhaftet.

Am 7. August wurde in Budapest eine Volksversammlung abgehalten, in welcher eine Resolution eingebracht wurde des Inhalts, daß sich die Volksversammlung solidarisch erkläre mit den für die politische und soziale Befreiung kämpfenden internationalen Revolutionären und gegen die Verfolgung und Auslieferung solcher Vorkämpfer protestire. Der Regierungsvertreter gestattete die Abstimmung über diese Resolution nicht und so wurde bloß ein Protest gegen die Auslieferung des Nihilisten Niemiowski, der vor Kurzem in Pest festgenommen und in Gegenwart des russischen Generalkonsuls einem Verhöre unterzogen worden war, und das Verlangen nach sofortiger Freilassung desselben beschlossen.

Am 7. August wurde in Budapest eine Volksversammlung abgehalten, in welcher eine Resolution eingebracht wurde des Inhalts, daß sich die Volksversammlung solidarisch erkläre mit den für die politische und soziale Befreiung kämpfenden internationalen Revolutionären und gegen die Verfolgung und Auslieferung solcher Vorkämpfer protestire. Der Regierungsvertreter gestattete die Abstimmung über diese Resolution nicht und so wurde bloß ein Protest gegen die Auslieferung des Nihilisten Niemiowski, der vor Kurzem in Pest festgenommen und in Gegenwart des russischen Generalkonsuls einem Verhöre unterzogen worden war, und das Verlangen nach sofortiger Freilassung desselben beschlossen.

Ohne daß wir den Grund und die Ursache dieses Aussehen erregenden Vorgehens noch geahnt hätten, kam auch schon der Ver-



